

Deutscher Apothekertag: Ein spätes Sommermärchen für die Apothekerschaft?

(Frankfurt, 25.10.2007- HF) Mitte Oktober erhielten es alle Apothekerinnen und Apotheker schriftlich "schwarz auf weiß". Der Deutsche Apothekertag soll, nach eigener Einschätzung selbstbewusst gegenüber Krankenkassen, Marktpartnern und Politik aufgetreten sein. Wirklich?

Man freut sich (blauäugig?) über die netten Grußworte mit unmissverständlicher Rückenstärkung der politischen Vertreter. Erinnern sich die Standesoberen noch an die markigen Worte von Horst Seehofer anlässlich eines außerordentlichen Apothekertages in Berlin, demnach mit ihm der Versandhandel mit Arzneimitteln in Deutschland nicht kommen werde? (Kurze Zeit später war er da).

Gebetsmühlenartig verbreitet man Stillhalteparolen zum drohenden Fremd- und Mehrbesitz. Dass die Ministerien in Berlin sich auf ein negatives Urteil des Europäischen Gerichtshofes einstellen müssen, gleich ob die Parteien für oder gegen Änderungen entsprechender Gesetze sind, scheint nur der so gerne als "anderer Bundesverband" titulierte BVDA zu registrieren. Auch unterbreitet offenbar nur der BVDA den maßgeblichen Gremien in Berlin Vorschläge die, wenn es denn sein muss, zu einer Gleichbehandlung verschiedenster möglicher Apothekenformen beitragen könnten. Ein Wirtschaftsökonom bewertet dieses Schreiben intern als "fahrlässige Irreführung eigener Klientel".

Der Deutsche Apothekertag ignoriert offenbar die tatsächlichen Bedrohungen und beschäftigt sich lieber mit den wenigen Anträgen, die zur Hauptversammlung der deutschen Apotheker vorlagen. Aus dem dünnen Heftchen geht bemerkenswertes hervor. So wurde vortrefflich über den Antrag diskutiert, die Bundesregierung aufzufordern, weiterhin die Apotheker als freien Heilberuf zu stärken. Da drängt sich die Frage auf, ob dieses Ansinnen tatsächlich eines Beschlusses der Apothekerschaft bedarf oder für die Berufsvertretungen nicht selbstverständlich sein sollte. Dies sollte auch für den sinnvollen Antrag "einer sich anbahnenden Beliebigkeit von Arzneimittelübergabestellen aktiv entgegenzutreten" gelten. Oder bedarf es hierzu wirklich einer Diskussion der Hauptversammlung?

Alle Jahre wieder und seit Jahrzehnten geübte Praxis, ist der Antrag auf Absenkung der Mehrwertsteuer, der in diesem Jahr gleich mehrfach gestellt wurde. Nicht neu aber dafür voraussichtlich erneut Erfolglos.

Spät kommt man auf die Idee, den Gesetzgeber aufzufordern daran festzuhalten, dass Rezepturen in jeder Apotheke hergestellt werden müssen. Der BVDA hatte hierzu bereits Gespräche in Berlin geführt und erfahren dass seitens des Gesetzgebers nichts anderes beabsichtigt ist!

Auch die Idee zur Gründung einer Stiftung zur Bewertung von Arzneimitteln und Nahrungsergänzungsmitteln durch die Deutsche Apothekerschaft kann nur Applaus finden. Hat man nicht bedacht, dass dies ein weiterer Ausgabenposten für alle Apothekerinnen und Apotheker ist. Ob allerdings die von einer berufseigene Stiftung sich mehr Gehör bei der Bewertung von Arzneimitteln verschaffen kann als bereits bestehende Institutionen bleibt zumindest fraglich. Aber deutsche Apotheker unterstützen mit ihren sauer verdienten Euros bestimmt gerne neben den Einkünften der ehrenamtlichen ABDA-Funktionären durch ihre Beiträge, die Dienste der standeseigenen Rechenzentren zum Wohle einiger ABDA-Ideen durch hohe Gebühren und lassen sich gerne saftige Seminargebühren zur Fort- und Weiterbildung von Landesverbänden abnehmen. Warum nicht auch für eine Stiftung die nicht wirklich gebraucht wird. Der Dank in einigen Bundesländern: Beitragserhöhungen um mehrere hundert Euro.

Natürlich wurde auch der vielfach geäußerte Wunsch einiger Standesoberen nach Zielpreisvereinbarungen vortrefflich diskutiert und beraten. Da der BVDA bei seinen Gesprächen mit Kassenvertretern und Industriepartnern immer eine ablehnende Haltung zur Kenntnis genommen hat, sollte die Frage erlaubt sein, wie sinnvoll es ist die Idee, mit der eine weitere Aufblähung bürokratischer Maßnahmen einhergehen wird, weiter zu verfolgen.

Immerhin befassen sich weitere Anträge aus verschiedenen Bundesländern auch schon mit der Problematik der Rabattverträge. Hier darf mit Verwunderung gefragt werden warum im September und nicht vor Einführung der Verträge im April.

Aus Hessen kommt der begrüßenswerte Antrag den DAV aufzufordern die Initiative aufzugreifen für eine deutliche Erhöhung der Vergütung der apothekerlichen Leistung einzutreten. Der geneigte Leser fragt sich verwundert was der Vorsitzende der hessischen Organisation, als Mitglied im geschäftsführenden DAV-Vorstand bisher hierzu beigetragen hat. Auch liegt die Befürchtung nahe, dass die Forderung nach deutlicher Honorarerhöhung nicht zwingend beim Verordnungsgeber (gemeint ist vermutlich der Gesetzgeber) auf Verständnis stößt. Hatte doch die ABDA im Rahmen der Gesetzgebung zum WSG einer Absenkung apothekerlicher Vergütungen, nach einer Umfrage bei den öffentlichen Apotheken zugestimmt. Der ABDA-Präsident Anfang 2007 "das können wir gerade noch verkraften".....

Putzig mutet der Antrag an, dass die ABDA darauf hinwirken soll, dass sich über 60-jährige noch berufstätige Apotheker in die Seniorenbeiräte wählen lassen sollen um die intensive Zusammenarbeit mit sozialen Netzwerken zu verbessern.

Krönender Höhepunkt der Antragsberatung soll nach Angaben einiger Delegierter die Beratung zur Verschönerung der Approbationsurkunde gewesen sein. Na denn.....

Zukunftsorientierter und realistischer erscheint da die Arbeit des BVDA-Vorstandes. Ohne hohe Funktionärsgehälter, mit wenigen aber hoch motivierten Mitarbeitern in einer Bundesgeschäftsstelle aber ohne Unterorganisationen auf Landesebene ist man bestrebt innovative Konzepte zu entwickeln und gleichzeitig für die Mitglieder zu akzeptablen Beiträgen hilfreich und schnell zu arbeiten. Zudem versteht sich der Verband als Alternative zu veralteten, erstarrten Organisationsstrukturen und gewährt auch noch Beitragsstabilität für die nächsten Jahre.

Vorstand und Geschäftsführung bedanken sich bei den Apothekerinnen und Apothekern die in diesem Jahr dem Verband beigetreten sind, da sie dort eine moderne Standespolitik erwarten.